

Alarm um das Weltkulturerbe Semmering

Der Streit um den Semmeringtunnel ist um eine Facette reicher: Alliance for Nature sieht die 8800 Hektar Welterbe „Semmeringbahn“ bedroht und kündigt Alarm beim Rat für Denkmalpflege Icomos an.

Luise Ungerboeck

Wien – Spät, aber doch könnte der 2005 beschlossene Bau des Semmeringbahntunnels für das Welterbe Semmeringbahn doch noch zur Gefahr werden. Denn die Landschaftsschutzorganisation Alliance for Nature (AFN), 1998 maßgeblich an der Aufnahme der Ghega-Bahn in die Welterbeliste beteiligt, bereitet eine Stellungnahme vor, um beim Internationalen Rat für Denkmalpflege (Icomos International; Beratungsgremium der Unesco) einen „World Heritage Alert“ auszulösen.

Mit einer solchen Alarmmeldung soll öffentlich auf Gefahren für das Welterbegebiet aufmerksam gemacht werden, bestätigt der gerichtlich zertifizierte Sachverständige für Naturschutz und Landschaftsökologie, Christian Schubböck, der auch als AFN-Generalsekretär fungiert. Die Folge könnte die Aufnahme in die Rote Liste für bedrohtes Welterbe sein.

Ausschlaggebend für den Alert seien jüngst vorgenommene Änderungen wie auf der im Internet publizierten Welterbeliste, deren Titel nun „Semmeringbahn mit umgebender Landschaft“ wie bis Mitte Juni auf der deutschen Unesco-Homepage nachzulesen war. Begründet wurde die Verkürzung im Kulturministerium damit, dass

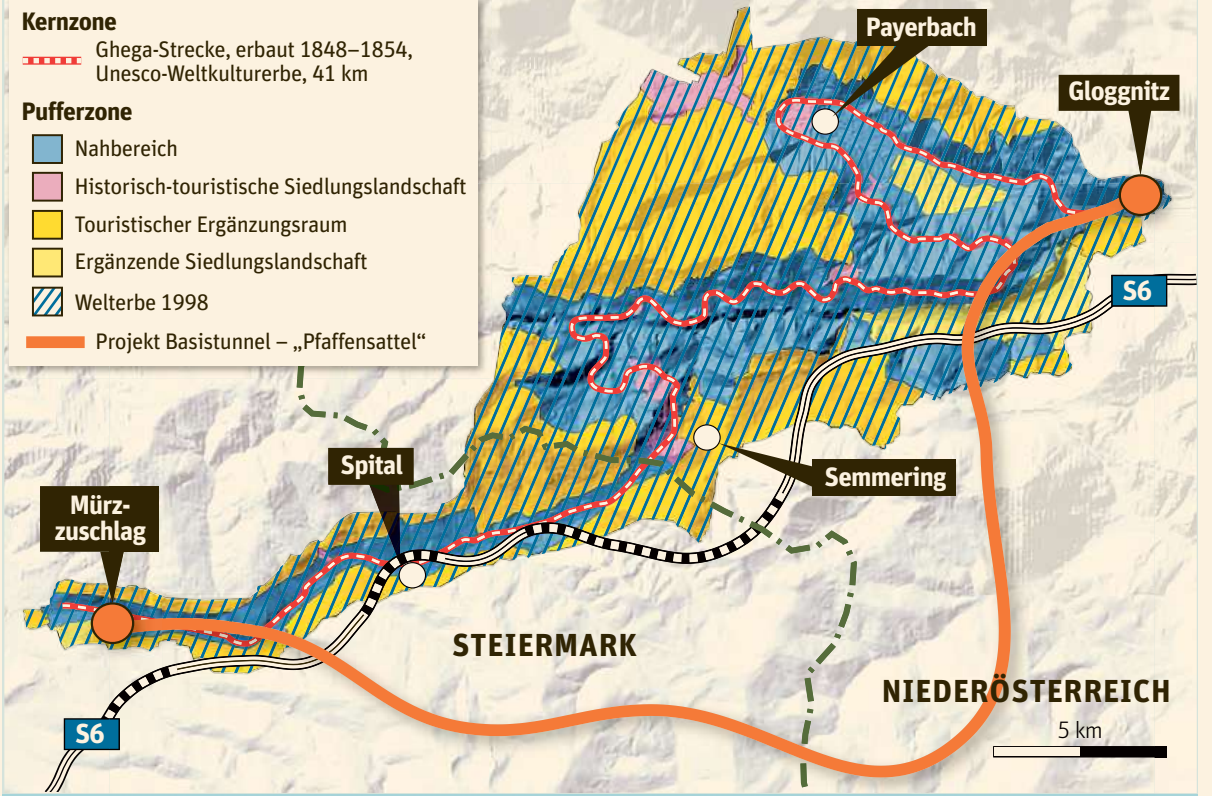


Zählt nur die Ghegabahn zum Weltkulturerbe oder auch das schöne Umland? F: Alliance for Nature

die umgebende Landschaft „nie Teil des Welterbes“ gewesen sei. Sprecher Raimund Lang sprach sogar von einer „bedauerlichen Fehlinformation, die sich eingeschlichen“ habe. Der Irrtum werde nun bereinigt.

Diesen „Irrtum“ kann Sachverständiger Schubböck, seit 1992 an der Erhebung der Semmeringbahn auf die Welterbe-Liste maßgeblich beteiligt, nicht nachvollziehen: „Die Republik Österreich hat 1995 bei der Unesco eine Dokumentation mit dem Titel ‚Semmering railway – cultural site – Semmeringbahn – Kulturlandschaft‘ nominiert.“ Da Österreich damals keine Spezifizierung des

Welterbe Semmeringbahn mit Tunnel



Quellen: APA; Welterbe Semmeringbahn Managementplan; ÖBB-Infrastruktur

DER STANDARD

potenziellen Welterbes vornahm, habe das Icomos-Komitee den außergewöhnlichen universellen Wert mit der technischen Umsetzung der Überwindung des Gebirges in der Frühzeit der Eisenbahn einerseits und mit der Schönheit der Landschaft mit ihrer Besiedlung (Villen, Hotels) begründet, die durch die Bahn über den Semmering erschlossen wurde. So sah das auch das Unesco-Welterbe-Komitee und empfahl die Aufnahme der Bahn in die Welterbeliste, was im November 1998 in Kioto auch geschah.

Mehr Probleme macht Welterbeschützern der im Juli 2010 im Auftrag des Vereins Freunde der

Semmeringbahn erstellte „Managementplan Welterbe Semmeringbahn“. Mit dieser Handlungsanleitung für Schutz und Entwicklung des Welterbegebiets, wie sie die Unesco grundsätzlich befürwortet, bahnen sich tief-schürfende Veränderungen an.

Kern- und Pufferzonen

Im Schlepptau der Umweltverträglichkeitsprüfung für den Semmeringbasistunnel wurde das 8800 Quadratmeter große Gebiet nämlich in Kern- und Pufferzone (s. Grafik) geteilt. Kernzone ist ein 156 Hektar schmaler Streifen mit den Gleisanlagen der Ghegabahn. Der große Rest ist Pufferzone mit

vier unterschiedlichen Wertigkeiten und weniger schutzwürdig. Während Österreichs Unesco-Kommission die Zonierung als notwendig und im Rahmen des „Retrospective Inventory Projects“ 2009 auch vom Welterbe-Komitee absegnen rechtfertigt, sieht AFN Paragraf 165 der Unesco-Richtlinien verletzt. Dort heißt es: „Wünscht ein Vertragsstaat die Grenzen eines bereits in der Liste des Erbes der Welt eingetragenen Gut bedeutend zu ändern, so hat der Vertragsstaat diesen Vorschlag wie eine Neuanmeldung einzureichen. Diese Bestimmung gilt für Erweiterungen so wie für Verkleinerungen.“ **Kommentar S. 32**

Grazer Jugend-WG: Anklage wegen Vergewaltigung

Graz – Der Fall hatte vor fünf Monaten für Aufsehen gesorgt und das Grazer Jugendamt in Misskredit gebracht: Ein Mädchen hatte Polizistinnen anvertraut, dass sie und weitere Bewohnerinnen einer Jugend-Wohngemeinschaft der Stadt Graz jahrelang und zum Teil täglich von Mitbewohnern sexuell missbraucht worden seien. Das jüngste Opfer war zu Beginn der Übergriffe erst acht Jahre alt. Drei Burschen wurden daraufhin in Untersuchungshaft genommen.

Gegen die drei geständigen Jugendlichen, 17 Jahre alt, wurde jetzt Anklage erhoben. Der Prozess dürfte im Herbst starten.

„Schwerer Missbrauch“

Laut Staatsanwaltschaft wird den Burschen „als schwerwiegendster Vorwurf das Verbrechen der Vergewaltigung in mehreren Fällen, also schwerer sexueller Missbrauch von Unmündigen, vorgeworfen“. Einem Angeklagten werde überdies „das Vergehen der Körperverletzung auch in mehreren Fällen“ zur Last gelegt.

Gegen die Betreuer in der WG, denen mangelnde Aufsicht vorgeworfen wurde, wird derzeit aber nicht ermittelt. Die Justiz prüft noch Aufzeichnungen und Akten. Im Jugendamt wurde stets versichert, es gebe „keinerlei Verdachtsmomente für strafrechtlich zu belangende Übergriffe“. Eine Mutter zweier betroffener Mädchen hatte dennoch eine Zivilrechtsklage gegen das Jugendamt, im Falle, dass sich die Vorwürfe erhärten, angekündigt. (mue)

Filmen von Polizisten erlaubt

Verfahren endete mit Erfolg für Abschiebegegner

Irene Brickner

Wien – Die Videodokumentation von Polizeieinsätzen – und die Berichterstattung über sie – trägt zur Kontrolle staatlicher Macht bei. Daher ist sie auch ein umkämpftes Gebiet: 2000 und 2012 endeten zwei Verfahren, weil Verfassungsschutzbeamte auf Bildern oder in Filmen identifizierbar gewesen waren, mit Urteilen gegen die Foto- und Videomacher durch den Obersten Gerichtshof.

Im jüngsten Anlassfall kam es anders: Zwei Fremdenpolizisten, die auf einem auch im ORF auszugewiesenen Video über einen Abschiebeversuch aus dem Wiener Freunde-Schützen-Haus zu sehen sind, blitzen beim Oberlandesgericht ab. Ihrer Forderung, von den Hausbetreibern je 4000 Euro Schadenersatz zu erhalten, wurde in der zweiten Instanz rechtskräftig nicht Folge geleistet.

Besagtes Video zeigt die schwer behinderte Ani R. (6), wie sie am

23. März 2011 von ihren Eltern für den Auszug aus dem Haus fertig gemacht wird. Die Kleine schaut erschreckt, die Mutter weint. Die Familie sollte nach Georgien abgeschoben werden, wozu es im Endeffekt dann doch nicht kam.

Im Hintergrund schwenkt die Kamera über eine Reihe Menschen – darunter eine Polizistin und einen Polizisten in Zivil. Beide, so das Oberlandesgericht, könnten auf dem Video durch Bekannte zwar durchaus erkannt werden, aber nicht in ihrer beruflichen Funktion. Diese habe also keinen Schaden genommen.

„Ein Einschüchterungsversuch ist missglückt“, freut sich Karin Klaric vom Freunde-Schützen-Haus. Während man im Büro der Medienanwältin Maria Windhager betont, dass aus dem Entscheid nicht die Unbedenklichkeit des Abbildens von Polizisten in jedem Fall abgeleitet werden könne: Nur, „wenn sie nicht klar als Polizist erkennbar sind“.



Freunde-schützen-Haus: Schadenersatzzahlung hätte die Möglichkeiten der Betreiber überschritten. Foto: Fischer

Kraftwerk wird Fall fürs Gericht

Grünpolitikerin geklagt – WWF will Stopp des Projektes

Graz – Die Auseinandersetzungen um das geplante Kraftwerk an der Schwarzen Sulm im weststeirischen Bezirk Deutschlandsberg werden nun auch auf Gerichtsebene verlagert. Die Kraftwerkswerber klagen Gegner des Projektes, darunter die Landtagsklubchefin der steirischen Grünen, Sabine Jungwirth. Die Politikerin wird auf Unterlassung geklagt. Streitwert: 65.000 Euro. Für Projektwerber Peter Masser ist „das Fass voll“. Es sei mit den Grünen stets ein Konsens gesucht worden, „die ständigen Behauptungen, dass die Sulm unwiederbringlich zerstört würde, sind einfach unrichtig“.

Der WWF sieht die Klage der

Kraftwerksplaner jedoch als „Akt der Verzweiflung“, zumal sowohl das Umweltministerium als auch die EU bereits klargestellt hätten, dass die Schwarze Sulm zu schützen sei. Trotzdem habe das Kraftwerksprojekt aufgrund eines Formalfehlers vorübergehende Rechtskraft erlangt. WWF-Fluss-experte Christoph Walder appellierte am Freitag an das Umweltministerium und Landeshauptmann Franz Voves: „Minister Berlakovich und Landeshauptmann Voves müssen dem Spuk endlich ein Ende bereiten und eine Weisung erteilen, welche die Bauarbeiten sofort stoppt und dem Projekt ein Ende setzt.“ (mue)

SPÖ

Pensionen

Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass die Pensionen nicht angetastet werden.

Bezahlte Anzeige